

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 11

Artikel: Der Kapitalismus gegen die Gewerkschaften
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330265>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE R REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Der Kapitalismus gegen die Gewerkschaften.

Von Dr. Arthur Schmid.

Daß der Kapitalismus gegen die sozialdemokratischen Parteiorganisationen und die klassenbewußten Gewerkschaftsorganisationen einen unerbitterlichen Kampf führt, zeigen die Jahrzehnte der Arbeiterbewegung, die hinter uns liegen; zeigen die Ausnahmegesetze, die in einzelnen Perioden und in einzelnen Ländern geschaffen oder zu schaffen versucht worden sind.

Während des Weltkrieges, als sich einzelne Arbeiterorganisationen dem Burgfrieden mit der Bourgeoisie unterzogen, und nach dem Weltkrieg, als durch die revolutionären Ereignisse die Macht der Arbeiterorganisationen verhältnismäßig rasch stieg, hat man in bürgerlichen Kreisen gegenüber den Gewerkschaften das Urteil *scheinbar* revidiert. Man liest heute noch in bürgerlichen Zeitungen Ausführungen, welche die «vernünftigen, auf dem Boden der Wirklichkeit stehenden Gewerkschaften» in Gegensatz zu der «extremen Politik» der Sozialdemokratischen Partei zu stellen suchen. Das alles geschieht *bewußt* und *mit der Absicht*, innerhalb der heutigen Arbeiterbewegung Differenzen zu schaffen. Daß Entzweiung der Arbeiter das Ziel ist, beweisen deutlich die Anstrengungen der Bourgeoisie, die *Splitterorganisationen auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens* (seien es christlichsoziale, evangelische oder gelbe Gewerkschaften) zu schaffen oder zu fördern versucht. Man erhofft, aus diesen Splitterorganisationen wirkliche Konkurrenzorganisationen für die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften zu machen.

Die Politik der Bourgeoisie den Gewerkschaften gegenüber ist eine doppelte. Es ist die Politik des Zuckerbrotes und der Peitsche. Auf der einen Seite Schmeicheleien und Heucheleien,

die nichts kosten, und auf der andern Seite möglichstes Zurückdrängen der Bedeutung der klassenbewußten Gewerkschaften. In den letzten Jahren ist die zweite Art der Politik der Bourgeoisie weniger in Erscheinung getreten, weil wir uns in einer Periode der wirtschaftlichen Krise befinden und weil *die Gewerkschaften nicht jene großen Kämpfe führen können, wie vor dem Kriege oder in den ersten Nachkriegsjahren.* Zudem hat die Bourgeoisie nie darauf verzichtet, die freien Gewerkschaften zu schädigen, wo es ihr nur möglich war. *Streikpostenverbote* und *Militäraufgebote* sind bei den wenigen Streiks, die wir im letzten Jahrzehnt hatten, keine Seltenheit gewesen. *Der Versuch, die Gewerkschaftsbewegung durch Gesetze zu schädigen,* ist auch bei uns in der Schweiz nicht unterblieben. Wir brauchen hier nicht einmal an die «Lex Häberlin» zu erinnern, sondern wir können bloß auf das Beamtengesetz verweisen, und die Paragraphen, die sich auf die Gewerkschaftsbewegung beziehen.

Daß die Entwicklung weiter geht und daß der Angriff gegen die Gewerkschaften auch auf politischem Gebiete mit aller Macht geführt werden wird, das zeigen uns die neuesten *) Vorgänge in Deutschland und Oesterreich mit aller Deutlichkeit.

In Deutschland ist das Koalitionsministerium, an dessen Spitze ein Sozialdemokrat stand, zu Fall gekommen, weil der Angriff des Unternehmertums sich bewußt gegen die Arbeiterschaft und speziell gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft richtete. Der Leser weiß aus der Tagespresse, daß selbst einer der vier Koalitionsminister, Wissel, sich gegen eine weitere Koalition mit den bisherigen Koalitionsparteien wenden mußte, weil diese Koalition auf Grund des Abbaues der Arbeitslosenbeiträge des Staates geschlossen werden sollte. Er fand für seine Haltung nicht nur die Unterstützung der absolut auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Genossen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch die Unterstützung der Gewerkschafter innerhalb der Reichstagsfraktion, jener Gewerkschafter, die sonst als weit rechtsstehend gelten. Aus der Natur der Sache heraus konnten sie nicht anders handeln. Sie mußten den verschleierte Angriffe des Unternehmertums auf die Gewerkschaften entgegentreten; denn es ging ja nicht allein um den Abbau der Arbeitslosenversicherung, sondern es ging tatsächlich um die Ausnützung der Situation von seiten des kapitalistischen Unternehmertums. *Es ging gegen die Gewerkschaften.* Zweifellos wird in Deutschland der Kampf sich verschärfen und er wird die Gewerkschaften mehr und mehr zu einem offenen Bekenntnis für die Klassenkampfpolitik zwingen. Das Unternehmertum will in der Situation, wo 3 Millionen Arbeitslose vorhanden sind, ernten und die lästigen Gewerkschaften entsprechend schwächen.

*) Der Artikel wurde im April geschrieben.

Noch deutlicher als in Deutschland ist die Situation in Oesterreich. Dort hat die bürgerliche Mehrheit unter Beifall der bürgerlichen gewerkschaftlichen Splitterorganisationen das sogenannte *Antiterrorgesetz* geschaffen, welches sich offenkundig gegen die starken Gewerkschaften Oesterreichs richtet und jene Gewerkschafter mit einer Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten bedroht, die versuchen, die Mitarbeiter vom Streikbruch abzuhalten, oder die versuchen, die Unorganisierten zu zwingen, ihrem Verbands beizutreten. Die Macht der Arbeiterklasse kann sich aber nicht anders durchsetzen als dadurch, daß sie die Verräter an den gemeinsamen Interessen des Proletariats von ihrem Verrate abzuhalten oder sie als Elemente, welche die Klassensolidarität innerhalb des Unternehmens brechen, unmöglich zu machen versucht. Das will man nun gerade in Oesterreich verhindern. Man will im Gegenteil *alle jene verlumpten Elemente, welche sich als Streikbrecher, als Söldlinge des Unternehmers* in der kritischen Zeit, wo die Arbeiterschaft aus der wirtschaftlichen Not heraus schwere Kämpfe durchzuführen hat, einem besondern Schutz unterstellen. Diese Streikbrecher sind die Privilegierten des bürgerlichen Staates. Die österreichische Sozialdemokratie hat einen schweren politischen Kampf zur Verhinderung dieses Gesetzes geführt. Indessen konnte sie das Gesetz nicht verhindern. Der Kampf um das Gesetz selbst wird natürlich weitergehen. Er zeigt aber deutlich, daß man auf die Peitsche, die man gegen die Gewerkschaften braucht, bei den Bourgeois nicht verzichtet.

Die Situation in Oesterreich und Deutschland zeigt, daß wir einer neuen Periode des Kampfes der Kapitalisten gegen die Gewerkschaften entgegengehen. Diese Beispiele zeigen aber der Arbeiterschaft auch, daß es *ohne einen bewußten Klassenkampf der Gewerkschaften keine gewerkschaftlichen Erfolge gibt, die dauernd sein werden*. Es gibt keine Versöhnung mit der Bourgeoisie als Klasse. Wohl mag man in dem einen und dem andern Falle (und das ist in der heutigen Zeit häufiger als in Zeiten der Hochkonjunktur) nur durch Verhandlungen zu einem Ziele kommen, um gewisse Vorteile zu erreichen oder gewisse Schlechterstellungen zu verhindern. Aber auf dem Wege der Verhandlung werden auch in der Zukunft die wichtigen grundlegenden Differenzen nicht ausgetragen werden. Die Gewerkschaften werden vom Unternehmertum je und je wieder vor die Alternative gestellt werden, *um grundsätzliche Entscheidungen zu kämpfen*. Es ist ein Kampf um Sein oder Nichtsein.

Eine Gewerkschaftsbewegung, die vom sozialistischen Geiste des Klassenkampfes erfüllt ist, wird *allein* imstande sein, ihre Macht erfolgreich den reaktionären Anschlägen der Bourgeoisie entgegenzustellen. Eine Gewerkschaftsbewegung, die auf die Verhandlung als einziges Mittel schwört, wird in Zeiten der

Krise und der Reaktion viel rascher von der Bourgeoisie angegriffen werden und viel schwerer von ihren Maßnahmen getroffen werden, als eine Gewerkschaftsbewegung mit Klassenkampfcharakter. Es ist ja in den letzten Jahren auch darüber geschrieben worden, daß man alle die großen Wirtschaftsfragen dadurch löst, daß die Gewerkschaftsführer und die Führer des Unternehmertums zusammensitzen, diskutieren und sich verständigen. Leider beweist die Entwicklung in Deutschland und in Oesterreich, daß dies *nicht möglich ist*. Die Wirtschaftsdemokratie, welche die Sozialdemokraten erstreben, wird nur durchgesetzt *gegen den Widerstand des gesamten Unternehmertums*. Die Unternehmer verzichten nicht freiwillig auf ihre Vorrechte. So schön und so wünschenswert es wäre, durch rein vernunftgemäße Auseinandersetzungen sich zu verständigen, so ist eben hier nicht die Vernunft schlechthin maßgebend, sondern es ist *maßgebend die Macht und der Vorteil einer bestimmten Klasse*. Was dem Proletarier als vernünftig und selbstverständlich erscheint, erscheint dem Unternehmer als unvernünftig; weil sein arbeitsloses Einkommen und seine Machtstellung bedroht wird. Das Proletariat ist im allgemeinen geneigt, der Verständigung immer und immer wieder das Wort zu reden. Aber wenn diese Verständigung auf Kosten der Entwicklung der Arbeiterbewegung, auf Kosten seiner Selbstschutzorganisationen (wie beispielsweise der Gewerkschaften) erfolgen soll, dann sieht es klar ein, daß nur die Macht des zusammengeschlossenen Proletariats und die Auswirkung dieser Macht ihm den Aufstieg zu bessern Zuständen und zu einer neuen Welt ermöglichen kann. Die Entwicklung in Deutschland und Oesterreich ist deshalb auch für uns außerordentlich lehrreich. Sie zeigt uns, daß wir darauf halten müssen, die Gewerkschaften aus jenem Glauben, der hin und wieder gepflegt wird, daß der Gewerkschafter neutral sein müsse, herauszubringen. *Die wirtschaftliche Entwicklung gestattet keine Neutralität* der Gewerkschafter. Der Gewerkschafter muß Sozialdemokrat sein. Was die Stärke der Gewerkschaften ausmacht, ist die Ueberzeugung, die Verankerung des Sozialismus in den Herzen der einzelnen, deren Hingabe an ein großes Menschheitsideal, wofür auch auf politischem Gebiete gekämpft wird.

Andererseits beruht natürlich ihre Stärke auch auf der *Geschlossenheit der Organisation*. Sowenig wir christlichsoziale oder evangelische Gewerkschaften anerkennen können, sie vielmehr als Schädlinge an der Gesamtbewegung des klassenbewußten Proletariats betrachten müssen, sowenig können wir kommunistische Gewerkschaftsorganisationen als Sonderorganisationen anerkennen. Die Spaltung der Arbeiterbewegung auf politischem Gebiete durch die Kommunisten hat unheilvoll genug für die Arbeiterbewegung gewirkt. Sie gibt uns die Mög-

lichkeit, zu erkennen, welches Unheil die Spaltung auf dem gewerkschaftlichen Gebiete bringt. Wie schlimm in einem solchen Falle die von Moskau aus kommenden Spaltungsmethoden der Gewerkschaftsbewegung wirken, zeigt vielleicht am besten das Ergebnis der letzten Betriebsrätewahlen in den Leuna-Werken (Deutschland), wo die Kommunisten große Verluste aufzuweisen haben, ohne daß es den freigewerkschaftlichen Organisationen gelang, ihre Resultate entsprechend zu verbessern. Es ist so wie bei all diesen Kämpfen herausgekommen: Die Bourgeoisie ist der lachende Dritte. Wenn alle Energien der Proletarier dazu verwendet werden, um den Bruderkampf in den eigenen Reihen zu führen, dann gewinnen nur die gewerkschaftlichen Splitterorganisationen, die in Momenten des Streiks und vor allem des Streikbruchs von Bedeutung sind. Die Spaltung hat auch noch eine andere Wirkung. Sie drängt einen Teil der Gewerkschafter *nach rechts*. So erreicht also der Kommunismus auch auf diesem Gebiete nur eine Stärkung der Reaktion.

Der Kampf des Kapitalismus gegen die Gewerkschaften, so wie er sich heute in Deutschland und vor allem in Oesterreich zeigt, wird das Proletariat lehren, daß es erfolgreiche Kämpfe nur führen kann, wenn es die *absolute Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung* hochhält, in allen Betrieben eine möglichst *lückenlose Durchorganisierung* der Arbeiterschaft verwirklicht und *jede Neutralität* den bürgerlichen Parteien gegenüber ablehnt und sich restlos für die Verwirklichung des Sozialismus einsetzt.

Frauenarbeit und Mutterschaft.

Von Martha Tausk.

Die Gesellschaft kann die Frauenarbeit nicht entbehren. — Das ist wohl unbestritten. Die Mutterschaft ist von der Natur gegeben. Verherrlichung oder Protest können zwar Glück oder Unglück, das daraus erwächst, beeinflussen, aber an der Tatsache, daß sich die Menschheit fortpflanzt und kraft eines mitgeborenen Triebes auch fortpflanzen will, wird nichts geändert.

Also kann das Problem von vornherein nicht heißen: Frauenarbeit *oder* Mutterschaft, sondern es muß heißen: Frauenarbeit *und* Mutterschaft. Ja, sagen die einen, Frauenarbeit, gewiß, aber Frauenarbeit im *Hause*, in der *Familie*! — Haushalt, Kinderpflege und -erziehung, das ist eben *die* gesellschaftlich notwendige Frauenarbeit. Und Frauenarbeit außer dem Hause, im Erwerbsleben, die soll für die bleiben, denen die Ehe oder die Mutterschaft aus irgendeinem Grunde versagt sind. Und die vielen Arbeiterinnen, die gar nicht freiwillig